



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

E. von Seydlitz'sche Geographie

Handbuch

Deutschland

Seydlitz, Ernst von

Breslau, 1925

Deutschland Nach Dem Weltkriege (Rudolf Reinhardt)

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77102](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77102)

DEUTSCHLAND NACH DEM WELTKRIEGE

VON RUDOLF REINHARD

Hettner, A., Deutschlands territoriale Neugestaltung. Geogr. Zeitschrift 1919 (XXV).
Stahl, Fr., Die Grundlagen des staatlichen Lebens. Leipzig 1925.

- Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten. Amtlicher Text. Mit 4 Karten. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes. Charlottenburg 1919.
Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges. Zusammenge- stellt vom Statistischen Reichsamte. Berlin 1923.
Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen. Im Auftrage der Reichsregierung den von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüssen übergeben. Berlin 1924.
Deutschlands Außenhandel 1923. „Wirtschaft und Statistik“ 1921, Heft 3—5.
Wütschke, J., Die staatliche Neugestaltung Europas. Geogr. Anzeiger XX (1919).
Partsch, J., Die Zukunft des deutschen Oberrheins. Zeitschrift d. Ges. f. Erdkunde zu Berlin 1920, Nr. 1/2.
Jaeger, Fr., Die deutsch-polnische Grenze. Erörterung über Probleme der Grenzziehung. Mit 10 Abbildungen. Zeitschrift d. Ges. f. Erdkunde zu Berlin 1924, Nr. 8—10.
Partsch, J., Oberschlesien unteilbar. Deutsche Allg. Zeitung Nr. 366 u. 368.
Volz, W., Die wirtschaftsgeographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage. Mit zahlreichen Karten. Breslau 1921.
— Die völkische Struktur Oberschlesiens. In 3 Karten. Breslau 1921.
— Schlesien im Rahmen der wirtschaftsgeographischen Lage Deutschlands. S.-A. a. d. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Breslau 1924.
Einzelfragen behandeln weiter: Zahlreiche Aufsätze in „Wirtschaft und Statistik“, herausg. v. Statist. Reichsamte, ferner in der Geographischen Zeitschrift, Jahrg. XXV—XXVIII (1919—1922): Tuckermann, W. (Saargebiet); Braun, Fr. (Danzig); Geisler, W., Häberle, D., Praesent, H. (Deutsch-polnische Fragen); Graf, E. (Oberschlesien).

Nach heldenmütigen Kämpfen und Siegen ohnegleichen durch eine vielfache Übermacht erdrückt, mußte das deutsche Volk unter dem Zwang einer völkerrechtswidrigen Hungerblockade das Diktat von Versailles über sich ergehen lassen. Das Reich wurde dadurch zu einem mißgestalteten Krüppel geschlagen und lebenswichtiger, durch deutsche Arbeit zu hoher Blüte gebrachter Provinzen beraubt.

Zugleich führten gewaltige staatliche Umwälzungen mit der Beseitigung der deutschen Fürstenthümer zu einer Änderung der Regierungsform und der Verfassung des Reiches wie seiner Gliedstaaten.

Für das künftige staatliche Leben unseres Vaterlandes sind nicht nur diese Änderungen, sondern auch auf Jahrzehnte hinaus die in mehr als 400 Artikeln niedergelegten Bestimmungen des Versailler Diktates maßgebend.

I. INNERSTAATLICHE VERÄNDERUNGEN

Mit der Revolution im November 1918 trat im Deutschen Reich an Stelle der monarchischen Staatsform die der demokratischen Republik oder des Volksstaates. Die Grundlage des neuen Staatswesens bildet die von der Nationalversammlung in Weimar am 31. Juli 1919 angenommene¹ und am 14. August in Kraft getretene Verfassung. Bei Wahrung des bundesstaatlichen Charakters Deutschlands fördert diese bewußt die Entwicklung zum Zentralismus, zum Einheitsstaat, indem sie wich-

¹ Die Annahme geschah mit 262 Stimmen von 338.

tige Zweige der Verwaltung und Gesetzgebung, wie die auswärtige Vertretung, die Verteidigungseinrichtungen, das Kolonialwesen, die Handelsflotte, die Zölle, das Münz-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, wichtige Steuern, die Eisenbahnen, die Wasserstraßen u. a. dem Reich vorbehalten.

Auch die Gliedstaaten des Reiches wurden in Frei- oder Volksstaaten mit parlamentarischem Regierungssystem umgewandelt. In der amtlichen Sprache werden sie in ihrem Verhältnis zum Reich als „Länder“ bezeichnet. Die Gestalt und Abgrenzung der einzelnen Länder hat, abgesehen von denjenigen, die durch Abtretungen an unsere Feinde zerstückelt wurden, nur geringe Änderungen erfahren. Der Zusammenschluß der thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, S.-Gotha, S.-Altenburg, S.-Meiningen, Reuß und der beiden Schwarzburg zu dem Lande Thüringen ließ sieben der kleineren deutschen Staatswesen verschwinden. Der südlich des Thüringer Waldes gelegene Landesteil Coburg wurde mit Bayern vereinigt, der waldeckische Kreis Pyrmont der preußischen Provinz Hannover eingegliedert. Die Provinzen Westpreußen und Posen sind durch Abtretung an Polen als solche verschwunden. Der östlich der Weichsel übriggebliebene Teil Westpreußens — Pomesanien — kam zu Ostpreußen. Die im Westen beider Provinzen deutsch gebliebenen schmalen Streifen bilden jetzt die Grenzmark Posen-Westpreußen mit dem Verwaltungssitz in Schneidemühl (Abb. 339). Oberschlesien wurde vor der Besetzung durch die Entente von Schlesien abgetrennt und zu einer selbständigen Provinz umgestaltet. Das nach der Teilung des Landes bei Deutschland verbliebene Gebiet behielt diese Stellung bei. Endlich schied man aus wirtschaftlichen und Verwaltungstechnischen Gründen den Bezirk von Groß-Berlin aus der Provinz Brandenburg aus und gab ihm in einigen Belangen die Stellung einer selbständigen Provinz.

Über Größe, Einwohnerzahl, Verwaltungsgebiete und wirtschaftliche Verhältnisse der deutschen Gliedstaaten vergleiche die „Übersicht über Verwaltung und Wirtschaft des Deutschen Reiches und seiner Länder“ S. 324 ff.

II. DIE WIRKUNGEN DES VERSAILLER DIKTATES

1. GEBIETS- UND BEVÖLKERUNGSVERLUSTE

Die furchtbaren Wunden, die die schweren Bedingungen des Versailler Diktates dem deutschen Vaterlande geschlagen haben, treten am deutlichsten in Erscheinung in den großen Gebiets- und Bevölkerungsverlusten, die das Deutsche Reich an seinen Rändern erlitt. Das urdeutsche Elsaß und Deutsch-Lothringen, Posen und der größte Teil von Westpreußen wurden uns entrissen. Nachträglich ist unter offenem Bruch der Friedensbedingungen auch noch ein großer Teil des ausschließlich durch deutsche Arbeit emporgekommenen Oberschlesien weggenommen worden; schwer bedroht ist das Saargebiet und auch die Pfalz.

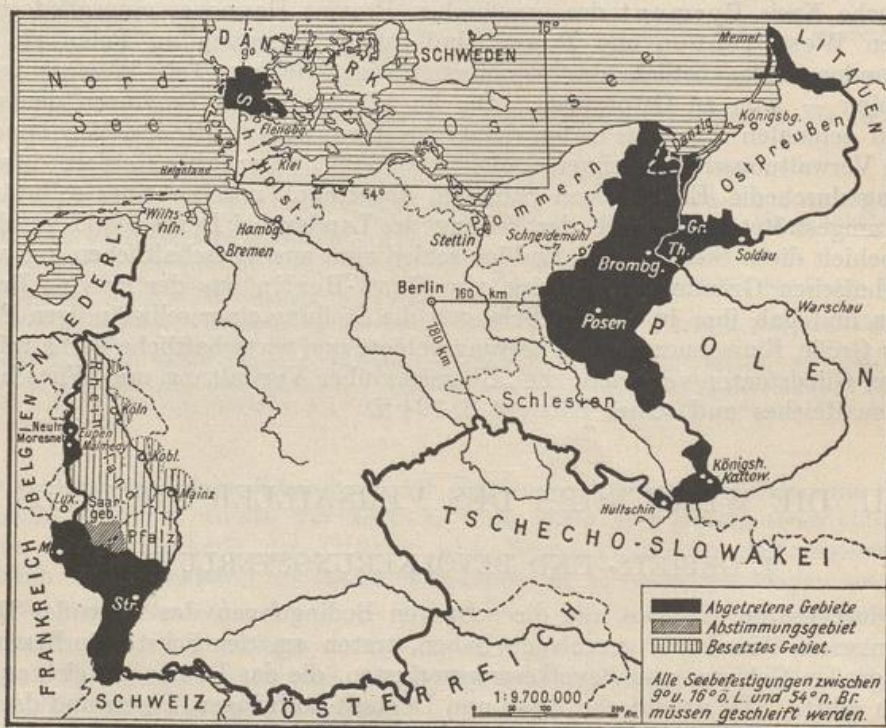
Die im Westen und Osten des Reiches sofort und bedingungslos abzutretenden Gebiete haben eine Gesamtgröße von rund 62000 qkm mit einer Bevölkerung von 5,4 Millionen. In sechs weiteren, zum Teil sehr umfangreichen Gebieten sollte die Bevölkerung durch Abstimmung bekunden, ob ihr Land fernerhin bei Deutschland bleibe oder nicht. Der Abstimmung waren unterworfen: die Kreise Eupen und Malmedy, der Norden Schleswig-Holsteins, die westpreußische Landschaft Pomesanien, das Masurische Seengebiet, Oberschlesien mit Ausnahme der rein deutschen Kreise im NW der Provinz und das sogenannte Saargebiet.

Die nach den vollzogenen Abstimmungen endgültig erfolgte neue Grenzziehung unseres Vaterlandes ergibt das in der folgenden Tabelle dargestellte Bild unserer Gesamtverluste.

Die Verluste des Deutschen Reiches durch das Versailler Diktat

Nach dem Stande vom 1. Dezember 1910.

Von Ostpreußen . . .	2657	qkm mit 141 000	Einwohnern an Litauen
	501	" "	25 000 " " Polen
" Westpreußen . . .	15 864	" "	965 000 " " Polen
	1 914	" "	331 000 " " Danzig
" Posen	26 042	" "	1 946 500 " " Polen
" Brandenburg . . .	0,05	" "	" " "
" Pommern	10	" "	224 " " "
" Niederschlesien . .	512	" "	26 200 " " "
" Oberschlesien . . .	3 221	" "	893 000 " " "
	316	" "	48 500 " " die Tschechoslowakei
" Schleswig-Holstein	3 993	" "	166 300 " " Dänemark
" der Rheinprovinz	1 036	" "	60 000 " " Belgien
Verluste Preußens	56 066	qkm mit 4 603 000	Einwohnern
Elsaß-Lothringen	14 522	" "	1 874 000 " " an Frankreich



41. Die abgetretenen und besetzten Gebiete Deutschlands nach dem Diktat von Versailles und die Verteilung der verlorenen Gebiete. (Nach Wirtschaft und Statistik.)

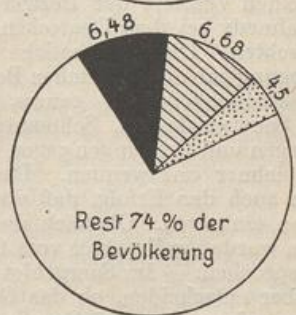
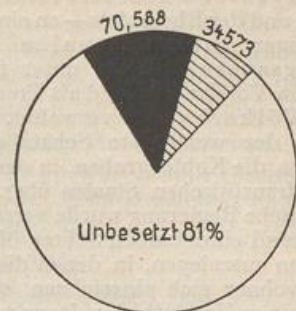
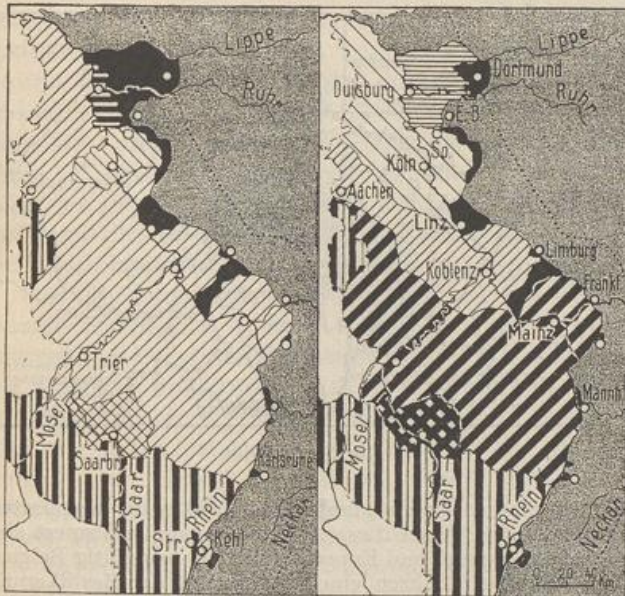
Der Gesamtverlust des Deutschen Reiches beträgt demnach 70 588 qkm mit 6 477 000 Einwohnern oder rund ein Achtel seiner Fläche und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Der Flächenverlust entspricht ungefähr der Größe Bayerns rechts des Rheines (69 900 qkm), der Verlust an Bevölkerung der Gesamtbevölkerung dieses Staates (7 Mill.).

Deutschland vor und nach dem Kriege

1914: 540 858 qkm 67 790 000 Einw. 125,3 Einw. auf 1 qkm
 1922: 472 034 „ rund 62 000 000 „ etwa 132 „ „ 1 „ 1.

¹ Nach der Angabe des Statistischen Jahrbuches 1914 beträgt die Größe Deutschlands im alten Umfange 540 858 qkm. Zieht man davon die nach dem Jahrbuch 1923 angegebene Größe des gesamten Verlustes von 70 588 qkm ab, so kommt

Zu den an den Grenzen Deutschlands verlorenen Gebieten kommt weiter der Verlust unseres gesamten Kolonialbesitzes — 2,9 Millionen qkm mit rund 15 Millionen Einwohnern. Ferner ist in diesem Zusammenhange der vorläufige Verlust des Saargebietes zu nennen (1926 qkm mit 676 000 deutschen Einwohnern), das aber staats-



43. Deutschlands Verlust an Gebiet in qkm, an Bevölkerung in Mill. Im oberen Kreis ist die Fläche des besetzten Ruhrgebietes wegen ihrer geringen Größe schwer darstellbar und daher nicht besonders ausgeschieden. Im Diagramm der Bevölkerung spielt dagegen das Ruhrgebiet infolge seiner dichten Bevölkerung eine große Rolle.

42. Das besetzte Land am Rhein. (Nach der Karte der besetzten Gebiete von P. Sprigade.)

rechtlich nach wie vor deutsches Gebiet ist. Gewaltige wirtschaftliche Verluste bedeutet endlich die Besetzung alles linksrheinischen deutschen Landes unter Verhältnissen, die denen einer Fremdherrschaft verzweifelt ähnlich sind, und der im Januar 1923 erfolgte rechtswidrige Einbruch in das Ruhrgebiet, dessen Abbau durch das Londoner Abkommen im August 1924 in die Wege geleitet wurde.

Besetztes Gebiet

Nach der Volkszählung von 1919

Saargebiet	1926 qkm mit	676 000 Einwohnern
Übriges altbesetztes Gebiet	30 038 „ „	6 000 000 „
Ruhrgebiet	2 609 „ „	4 500 000 „
34 573 qkm mit 11 176 000 Einwohnern.		

man auf die Zahl 470 269 qkm. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß in der Zahl 472 034 qkm die Flächen der Haife und kleiner Meeresteile enthalten sind, in der Zahl 540 858 des Jahrbuches 1914 dagegen nicht. Zum geringen Teil ist der Unterschied auf Neuvermessung zurückzuführen. — Einwohnerzahl und Volksdichte nach Angabe des Statistischen Reichsamtes unter Berücksichtigung der natürlichen Vermehrung und der Zuwanderung aus den abgetretenen Gebieten.

Außer den in den abgetretenen Gebieten wohnenden müssen also über 11 Millionen Deutsche, fast ein Fünftel der ganzen Reichsbevölkerung, das fremde Joch zeitweilig tragen.

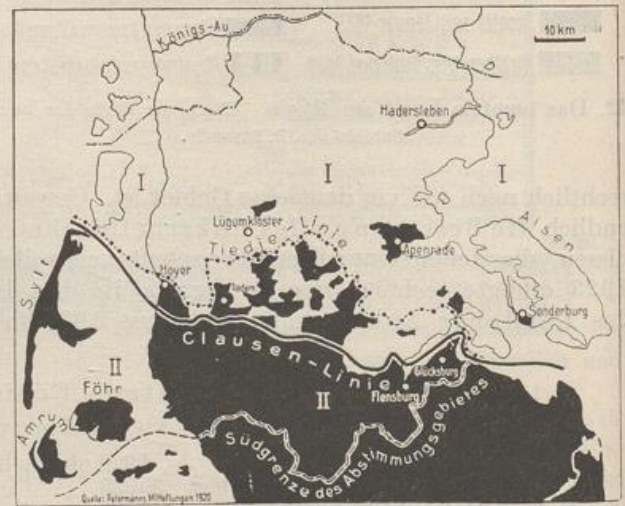
Von den Abstimmungsgebieten nehmen zwei insofern eine Sonderstellung ein, als sie zunächst ohne weiteres abzutreten waren, und zwar Eupen-Malmedy (Abb. 169 u. 170) an Belgien, das Saargebiet — Teile der Provinz Rheinland und der Rheinpfalz — an einen fünfköpfigen internationalen Regierungsausschuß, der unter französischem Vorsitz das Land als Treuhänder des Völkerbundes verwaltet. Jedoch ging der wertvollste Schatz des Gebietes, die Kohlengruben, in den Besitz des französischen Staates über. — Die belgische Regierung wurde verpflichtet, während eines halben Jahres öffentlich Listen auszulegen, in denen diejenigen Einwohner sich einzeichnen konnten, die einen Verbleib der Bezirke Eupen — Malmedy bei dem Deutschen Reiche wünschten. Diese öffentliche Listenauslegung gab den belgischen Behörden die Möglichkeit, ein ganzes System von Schwierigkeiten, Schikanen, Weiterungen und Drohungen gegen etwaige Einzeichner anzuwenden. Das hatte denn auch den Erfolg, daß von 33 726 Abstimmungsberechtigten sich nur 270 in die ausgelegten Listen eintrugen. Obgleich die deutsche Regierung gegen diese Abstimmungsweise Protest einlegte, wurde ihr Ergebnis vom Obersten Rate anerkannt und Eupen — Malmedy endgültig Belgien zugesprochen. — Im Saargebiet soll erst nach fünfzehn Jahren eine Abstimmung der Bevölkerung darüber entscheiden, ob das Gebiet bei Deutschland bleiben oder zu Frankreich kommen oder ob es seinen gegenwärtigen politischen Zustand beibehalten soll. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, was wir trotz der mit allen Mitteln betriebenen Romanisierungsversuche Frankreichs zuversichtlich hoffen, so sind die Kohlengruben in Gold zurückzukaufen.

In den anderen Abstimmungsgebieten fiel die Abstimmung, trotzdem der nach den örtlichen Verhältnissen jeweils verschiedene Wahlmodus immer so gewählt war, daß die Durchsetzung des Deutschtums möglichst erschwert wurde, im allgemeinen zugunsten Deutschlands aus: In dem Abstimmungsgebiet Westpreußens wurden 92,4% der Stimmen, in dem Ostpreußens 97,9%, in Oberschlesien rund 60% für Deutschland abgegeben. Das nord Schleswigsche Abstimmungsgebiet (Abb. 45) war in eine größere nördliche (I.) und eine kleinere südliche (II.) Zone geteilt. Beide werden durch die sogenannte „Clausenlinie“¹ getrennt, die heute die Grenze des Deutschen Reiches gegen Dänemark ist². Die erste Zone stimmte mit 74,2% für Dänemark, die zweite mit 80% für Deutschland.

In den anderen Abstimmungsgebieten fiel die Abstimmung, trotzdem der nach den örtlichen Verhältnissen jeweils verschiedene Wahlmodus immer so gewählt war, daß die Durchsetzung des Deutschtums möglichst erschwert wurde, im allgemeinen zugunsten Deutschlands aus: In dem Abstimmungsgebiet Westpreußens wurden 92,4% der Stimmen, in dem Ostpreußens 97,9%, in Oberschlesien rund 60% für Deutschland abgegeben. Das nord Schleswigsche Abstimmungsgebiet (Abb. 45) war in eine größere nördliche (I.) und eine kleinere südliche (II.) Zone geteilt. Beide werden durch die sogenannte „Clausenlinie“¹ getrennt, die heute die Grenze des Deutschen Reiches gegen Dänemark ist². Die erste Zone stimmte mit 74,2% für Dänemark, die zweite mit 80% für Deutschland.



44. Saargebiet.



45. Die Abstimmungszonen in Nord-Schleswig-Holstein. (Nach P. Langhans.)

¹ Nach dem Mag. H. V. Clausen in Kopenhagen, dem langjährigen Vorkämpfer dänischer Ansprüche in Nordschleswig.
² Damit kamen also auch die zahlreichen Gemeinden, die für Deutschland stimmten, die vier städtischen Ortschaften Apenrade, Sonderburg, Tondern und Hoyer, ferner 30 Landgemeinden und 5 Gutsbezirke an Dänemark. Der Versuch, wenigstens einen Teil der deutschgesinnten Bezirke durch die in Vorschlag gebrachte Tiedje-Grenzlinie (nach dem Ministerialrat Joh. Tiedje genannt) für Deutschland zu retten, ist gescheitert.

Es muß aber bei der Beurteilung der Abstimmungsergebnisse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei Anwendung einer gerechteren und überall gleichen Abstimmungsart und bei Unterdrückung einseitiger Wahlbeeinflussung, wie sie der unerhörte polnische Terror in Oberschlesien darstellte, das Ergebnis noch viel günstiger für Deutschland gewesen wäre, derart, daß wir mit großer Wahrscheinlichkeit überhaupt keines der Abstimmungsgebiete verloren hätten.

Nach dem Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien mußte bei richtiger Auslegung des Versailler Diktates die Provinz ungeteilt bei Deutschland bleiben. Das „Oberschlesische Diktat“ des Völkerbundes aber überantwortete von dem ganzen Abstimmungsgebiet (10950 qkm mit 1 950 000 Einw.) rund 30% des Landes (3221 qkm) und 46% der Bevölkerung (893 000 Einw. nach der Zählung von 1910) der Polnischen Republik. Dabei wurde die Grenzziehung so gestaltet, daß das durch Bodenschätze (Abb. 51) oder in verkehrsgeographischer Beziehung (Kattowitz!) wertvollste Gebiet in möglichst großem Umfange von Deutschland losgerissen wurde, ohne Rücksicht darauf, daß damit Städte wie Königshütte, Kattowitz, Tarnowitz, die ihre Stimmen zu 75—85% für Deutschland abgegeben hatten, polnisch wurden¹ (Abb. 163).

Die Verteilung der von Deutschland losgetrennten Gebiete zeigen Tabelle, Diagramm und Karte S. 36. Der Memelgau untersteht vorläufig nach den Bestimmungen des Versailler Diktates der Entente, wurde aber nach einem gewaltsamen Einfall Litauens im Januar 1923 unter dessen Herrschaft gestellt. Die Selbständigkeitsbestrebungen eines Teiles seiner Bewohner stehen im Gegensatz zu den Ansprüchen Litauens und selbst Polens. Für beide ist der Ostseehafen Memel besonders begehrenswert. — Das Gebiet der Freien Stadt Danzig umfaßt das Weichseldelta und die Landschaft westlich und nordwestlich davon bis zum Turmberg und bis zu den Seebädern Oliva und Zoppot (Abb. 121). Das im Süden und Südwesten an die Grenze sich anschließende weitere deutsche Sprachgebiet wurde trotz mehrfacher Eingaben der betroffenen Orte an Polen gegeben, insbesondere auch die fast reindeutsche Stadt Dirschau. Durch die Herausschneidung dieses Eisenbahnknotenpunktes und wichtigen Brückenortes wurde die Haupteisenbahnlinie des Danziger Staatsgebietes zerrissen, den Polen aber ein bequemes Einfallstor nach Ostpreußen überantwortet. Diese erhielten außerdem allerlei Vorrechte in dem neuen Staate: Danzig gehört zum polnischen Zollgebiet, seine Vertretung gegenüber dem Ausland geschieht durch die polnische Regierung, alle Wasserstraßen und Eisenbahnen des Gebietes stehen unter polnischer Kontrolle und Mitverwaltung.

2. VERSCHLECHTERUNG DER GRENZEN DEUTSCHLANDS UND DER GEOGRAPHISCHEN BEDINGUNGEN SEINER LANDESVERTEIDIGUNG

Mit den nationalen und territorialen Verlusten, die die Abtrennung deutschen Gebietes mit sich brachte, verbindet sich weiter eine wesentliche Verschlechterung der Gestalt und der Grenzen des Deutschen Reiches. Schon im Grenzverlauf des alten Reiches lag die ungünstigste Strecke im Osten, indem hier einmal der polnische, andererseits der tschechische Keil, zwei Gebiete mit uns schon immer feindlich gesinnter Bevölkerung, weit gegen das Herz Deutschlands vorstoßen. Nachdem die deutsche Ostgrenze noch um 120 km westlich verlegt wurde, ist jetzt die polnische Grenze bei Birnbaum und Bentschen nur noch 160 km von Berlin entfernt, das damit praktisch unter den polnischen Kanonen liegt (Abb. 41). Nur 20 km weiter ist der nördlichste Punkt der Tschechoslowakei bei Schluckenau entfernt. Schlesien wird damit noch mehr als früher von beiden Seiten eingeschnürt und ragt als schmale politische Halbinsel in feindliches Gebiet hinein. — Eine weit schlimmere Grenzverschlechterung bedeutet die vollständige Abtrennung Ostpreußens durch den Polnischen Korridor, die um so weniger berechtigt erscheint, als ein breiter Streifen

¹ Deutschland verliert durch die neue Grenzziehung den südöstlichen Teil des Kreises Ratibor, die Kreise Rybnik (bis auf die Nordwestecke) und Pleß, den Südostzipfel des Kreises Gleiwitz, fast zwei Drittel des Kreises Hindenburg, die Stadt und den Landkreis Kattowitz, Kreis Königshütte, den Süd- und Ostteil des Landkreises Beuthen, endlich die überwiegenden Teile der Kreise Tarnowitz und Lublinitz.

überwiegend deutschen Landes Brandenburg und Pommern mit Ostpreußen verbindet. Nicht nur wird Deutschland damit wieder ein Exklavestaat, wie vor 1866, nicht nur bedeutet die inselartige Isolierung für Ostpreußen in Zeiten kriegerischer Verwicklung eine ungeheure Gefahr, sondern es wird auch in Zeiten des Friedens die Verwaltung der Provinz und vor allem ihr wirtschaftlicher Zusammenhang mit dem Hauptland außerordentlich erschwert und gefährdet.

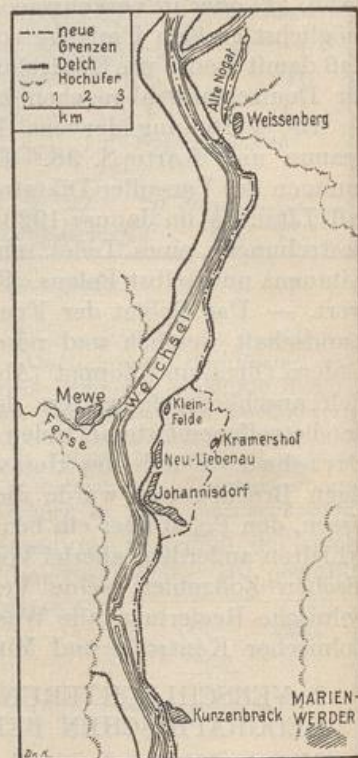
Im Jahre 1914 verkehrten zwischen Ostpreußen und den übrigen Teilen des Reiches, besonders Berlin, täglich in jeder Richtung 31 D- und Personenzüge und 30 Güterzüge. Außerdem wurden große Mengen von Massengütern (künstliche Düngemittel, Holz usw.) auf dem Wasserwege Oder—Netze—Weichsel befördert. Die Zahl der nach dem Krieg vertragsgemäß verkehrenden sogenannten „Korridorzüge“ (ohne Zoll- und Paßrevision) betrug anfangs im ganzen täglich 19, sechs Personen- und dreizehn Güterzüge, in beiden Richtungen. Seither ist die Zahl etwas vermehrt worden, blieb aber immer noch auf einen Bruchteil der Vorkriegszahl beschränkt. Der Wasserverkehr ist trotz des Abkommens infolge formeller Schwierigkeiten noch nicht wieder in Gang gekommen.

Im einzelnen zeigt die neue Grenzlinie im Osten, daß bei ihrer Festlegung nur polnische Interessen maßgebend waren. So zerschneidet die Westgrenze des Korridors nicht nur in zahlreichen Fällen zusammengehörige Deich- und Meliorationsanlagen der Flußniederungen sowie die zu den städtischen Siedlungen gehörigen Wirtschaftsumkreise, sondern sie schlägt auch eine ganze Reihe von Eisenbahnknotenpunkten, von denen Konitz, Bentschen und Lissa nur die wichtigsten sind, zu Polen, obwohl diese Orte alle im geschlossenen deutschen Sprachgebiet liegen. Dadurch werden aus dem deutschen Verkehrsnetz Bahnstrecken und Knotenpunkte herausgeschnitten, die wichtige Verbindungen des innerdeutschen Verkehrs darstellen und deren Verlust vielfach zu großen Umwegen, Zeitverlusten und Verteuerungen in den grenznahen Gebieten zwingt. Für den innerpolnischen Verkehr sind diese Orte ohne wesentliche Bedeutung, aber ihr Besitz gibt den Polen eine gute militärische Aufmarschlinie in die Hand.

Noch rücksichtsloser gegenüber deutschen Interessen und dazu im strikten Widerspruch zum klaren Wortlaut des Versailler Diktates¹ wurde die Grenze an der Ostseite des Korridors, an seiner Berührungslinie mit Ostpreußen festgesetzt. Trotz des zweifellos deutschen Charakters der Marienwerder Niederung (Pomesaniens) wurde nämlich ein schmaler Streifen am rechten Weichselufer Polen zugesprochen (Abb. 46), nur um den Strom zu einem rein polnischen Gewässer zu machen und ihm der Internationalisierung (s. S. 47) und damit einer deutschen Mitverwaltung zu entziehen.

Dadurch ist Ostpreußen vollkommen von der Weichsel abgeschnitten, sein einziger Weichselhafen, Kurzebrack bei Marienwerder, wurde von der Ortschaft Kurzebrack abgetrennt und Polen gegeben. Dazu kommt noch eine andere schwere Schädigung. Die vertragswidrige Grenze verläuft in der Hauptsache zwischen dem rechten Weichselufer und dem die Niederung schützenden Deich. An zwei Stellen aber überschreitet sie den Deich ostwärts, so daß also diese Deichabschnitte in polnischen Händen sind. Damit ist die Durchführung der Deichaufsicht und einer wirksamen Verteidigung des Deiches im Falle der Gefahr äußerst erschwert, unter Umständen

¹ Artikel 28 des Versailler Diktates sagt, daß die Grenze von dem Punkt, wo die Nogat die Weichsel verläßt, „stromaufwärts in der Hauptfahrrinne der Weichsel“ gehen soll, und Artikel 97, Absatz 5 sichert der Provinz Ostpreußen den Zugang zur Weichsel und ihre Benutzung ausdrücklich zu.



46. Die ostpreußische Grenze an der Weichsel. (Nach F. Jaeger.)

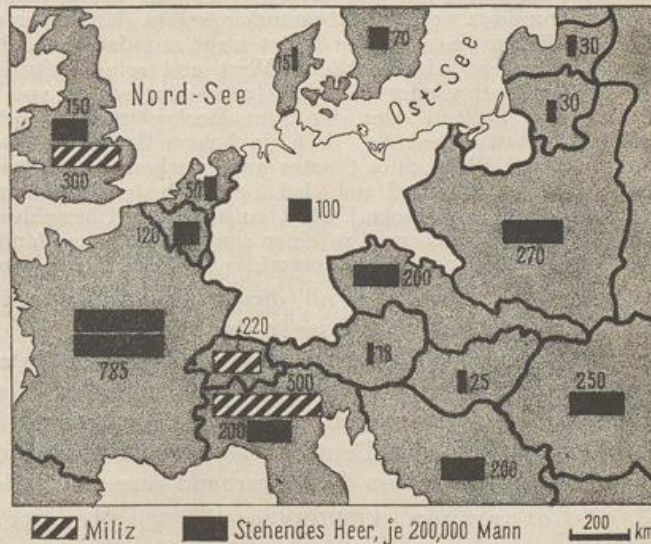
unmöglich gemacht. Was das aber bedeutet, mag die Tatsache erhellen, daß bei einem Dammbruch nicht nur die gesamte Marienwerder Niederung, sondern auch ein Teil der weiter nordwärts an der Nogat gelegenen Marienburger Niederung der Überflutung ausgesetzt wären. Zahlreiche stattliche Dörfer, weite Flächen fruchtbarer Ackerlandes, das gesamte Vieh und voraussichtlich viele Menschenleben wären dem Untergange preisgegeben.

Daß auch die neue oberschlesische Grenzziehung wesentlich durch die polnischen Ansprüche bedingt ist, wurde schon angedeutet. Was sie aber vom geographischen Standpunkt aus zu einem geradezu widersinnigen Machwerk stempelt, ist der Umstand, daß sie das oberschlesische Industriedreieck mit seinen hundertfältigen Verflechtungen mitten durchschneidet. Ein verwickeltes Netz von Wasserleitungen, elektrischen Licht- und Kraftleitungen, Haupt- und Nebenbahnen, Schmalspur- und Straßenbahnen wurde auseinandergerissen (Abb. 163). Die getrennten Teile sind jeder für sich kaum oder gar nicht brauchbar, und alle Versuche, das zerschnittene Netz durch Verträge über die Benutzung wieder zusammenzuflicken, sind bestenfalls kümmerliche Notbehelfe (Jaeger).

Das gleiche geschah in räumlich viel größerer Ausdehnung auch im Westen durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens. Die völlig ungeographische Zerreißung der Oberrheinischen Tiefebene, die Trennung lebensnotwendig zusammengehöriger Teile muß in der gegenwärtigen Zeit intensivster Industrie- und Verkehrswirtschaft viel schwerer ins Gewicht fallen als vor einem Jahrhundert, da ein E. M. Arndt allein mit den auch heute noch geltenden nationalen und völkischen Belangen die Forderung des Rheines als eines deutschen Stromes begründete.

Schließlich sei noch erwähnt, daß eine weitere Verschlechterung unserer Gesamtgrenze in der Tatsache liegt, daß die Seegrenze des Reiches, also der beste Grenzabschnitt, eine wesentliche Verkürzung erfahren hat, während die an sich schon schlechte, weil zumeist künstliche Landgrenze im O beträchtlich verlängert wurde (Abb. 41).

Dabei hat sich der strategische Wert dieser Landgrenze auch im Norden gegen Dänemark und im Westen gegen Frankreich im Vergleich mit der alten Grenze wesentlich verschlechtert. Der Rhein kann uns künftig weder als Aufmarsch- noch als Verteidigungslinie dienen. Denn die Brückenköpfe am Oberrhein sind in den Händen unserer Feinde, und das Versailler Diktat bestimmt, daß Deutschland in einem Streifen von 50 km Breite östlich des Rheines keine Befestigungen anlegen darf. Alle deutschen Befestigungen der Rheinlinie vom Oberrhein bis nach Köln mußten geschleift werden. Aber auch die gesamte Ausrüstung unserer Festungen im Osten (Cüstrin, Glatz, Neiße, Glogau, Lötzen und Marienburg) war abzuliefern. Von unseren Seebefestigungen sind Helgoland und alle Ostseefestungen nördlich des 54. Breitenkreises von der dänischen Grenze bis zum 16° ö. L., d. i. östlich Kolberg, zu entfestigen (Abb. 41), also auch Kiel, während Swinemünde, Pillau und Königsberg als einzige deutsche Seefestungen bestehen bleiben können, aber auch für diese ist uns Zahl und Kaliber der Geschütze vorgeschrieben. Damit hat man bei gleichzeitiger Auflösung unseres alten Landheeres und unserer Marine und dem Verbot der allgemeinen Wehrpflicht eine vollständige Abrüstung Deutschlands erzwungen. Und das zu einer Zeit, wo die Welt rings



47. Das Heerlager um Deutschland.
(Zahlen in 1000 Mann.) (Nach Wirtschaft und Statistik, 1924.)

um Deutschland in Waffen starrt. Deutlicher als Worte vermittelt diese Tatsache die Karte der stehenden Heere in Deutschland und in seinen Nachbarländern (Abb. 47). Aber selbst das kleine Hunderttausendheer der „Reichswehr“ erscheint den Franzosen noch als gefahrdrohend. Sie möchten es am liebsten in ein Milizheer umgewandelt sehen.

3. „DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER“ IN DEN VERLORENEN GEBIETEN

Um den Raub an deutschem Land und deutschem Volk wenigstens mit einem Schein des Rechts vor der Welt verantworten zu können, hat die Entente sich laut und wiederholt auf den bekannten Wilsonschen Grundsatz von dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ berufen, nach dem also alle Völker und deren nationale Gruppen selbst bestimmen sollen, welchem Staate sie angehören oder ob sie etwa einen selbständigen Staat bilden wollen.

Von vornherein nicht anwendbar ist dieser Grundsatz offenbar überall da, wo zwei Nationen in so enger Vermischung miteinander leben, daß es unmöglich ist, eine auch nur einigermaßen richtige Sprachgrenze zu ziehen. Das ist in ausgesprochener Weise z. B. im Osten Deutschlands der Fall, wo sich eine völkische Mischzone ausgebildet hat, innerhalb deren nicht nur jede Stadt und fast jedes Dorf sowohl deutsche als auch polnische Einwohner hat, sondern in der sogar innerhalb ein und derselben Familie häufig beide Nationen vertreten sind. Sodann ist der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker an sich sehr stark anfechtbar. Denn die Grundlagen eines Staates bildet nicht nur das Volk, die Nation, sondern auch das Land, seine Größe, sein wirtschaftlicher Wert und seine kulturelle Entwicklungsstufe. Staaten von der Größe Danzigs oder des Memelgaus oder solche von ungenügender wirtschaftlicher Ausstattung wie Estland oder der reine Hochgebirgsstaat Österreich werden stets von anderen, größeren Staaten abhängig, d. h. in hohem Grade unselbständig sein. Ferner ist die Dauerhaftigkeit und Blüte eines Staates nur gesichert bei Berücksichtigung der historischen Entwicklung. Es liegt auf der Hand, daß die durch den Machtspruch des Völkerbundes verfügte Zerreißung des als historische Einheit entstandenen Oberschlesischen Industriegebietes den Bestand des Ganzen gefährden und zu einer sowohl für Deutschland als auch für Polen verhängnisvollen Verkümmern der voneinandergerissenen Teile führen muß.

Aber abgesehen von all diesen Einwänden gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker an sich, ist dieses in den territorialen Festlegungen des Versailler Diktates gar nicht konsequent durchgeführt, nämlich überall da nicht, wo es zugunsten Deutschlands spricht. Nur einige wenige Zahlen sollen diese Tatsache beleuchten. In der folgenden Zusammenstellung sind diejenigen Bestandteile der Bevölkerung als Deutsche angenommen, die das Deutsche als ihre Muttersprache sprechen. Es sprachen von den aus dem deutschen Staatsverband ausscheidenden Einwohnern Deutsch in:

Elsaß-Lothringen	1 635 000 = 87,2 %	Memelgau	71 800 = 50,9 %
Eupen	25 000 = 100 %	Posen	680 000 = 34,6 %
Malmedy	25 500 = 68,9 %	Niederschlesien	9 500 = 36,3 %
Nordschleswig	41 000 = 25,6 %	Oberschlesien	221 000 = 44 % ¹
Westpreußen	728 000 = 57,4 %	Hultschiner Land	6 600 = 7,4 %
Freistadt Danzig	315 300 = 95,4 %		

Zur richtigen Bewertung dieser Zahlen sind noch einige Tatsachen zu bedenken. Die nicht-deutsche Bevölkerung der verlorenen Gebiete gehört keineswegs in ihrer Gesamtheit zur Hauptnation des betreffenden Staates, zu dem das Gebiet gekommen ist. Die rund 100 000 Kassuben Westpreußens sind keineswegs Polen, sondern ein eingedeutschter, den Wenden viel näherstehender slawischer Volksstamm; die 9500 sogenannten Wallonen des Kreises Malmedy sprechen einen anderen Dialekt als die belgischen Wallonen; die Mehrzahl der polnischen Oberschlesier spricht das sogenannte Wasserpolnisch, ein polonisiertes Deutsch, und diese Wasserpolen betrachteten sich, ehe die großpolnische Propaganda von außen in ihr Land hereingetragen wurde, als Schlesier, nicht etwa als ein in Schlesien wohnender Teil des Polenvolkes. — Weiter ist der Nichtgebrauch des Deutschen als Muttersprache nicht gleichbedeutend mit nichtdeutscher Gesinnung. Die Abstammung in Ostpreußen, wo die von den Polen als Brüder angesprochenen Masuren fast rein deutsch gestimmt haben, und die in Oberschlesien, wo 300 000 Deutsche polnischer Zunge für ihr deutsches Vaterland gezeugt haben, beweisen das zur Genüge. Dabei haben

¹ Zahl und Prozentsatz der Abstimmungsberechtigten im polnisch gewordenen Oberschlesien, die für Deutschland gestimmt haben.

gerade in Oberschlesien zweifellos wirtschaftliche und soziale Erwägungen die Abstimmung zuungunsten Deutschlands beeinflußt. Auch in Schleswig-Holstein haben nicht wenige Dänischsprechende ihre Stimme für Deutschland abgegeben, und im Memelgau würde, trotzdem die Bevölkerung nur zur Hälfte deutschsprachig ist, eine Abstimmung mit Sicherheit ein ähnliches Ergebnis gehabt haben, wie in Masuren. — Endlich fällt schwer ins Gewicht, daß die Deutschen in den verlorenen Gebieten die Hauptkulturträger sind und daß sie namentlich in den Ostgebieten überall, auch da, wo sie in der Minderheit sind, die gebildete und meist auch wohlhabendere Oberschicht der Bevölkerung darstellen, die in den Sammelpunkten der Intelligenz, in den landwirtschaftlich fortgeschrittenen oder industriell entwickelten Gebieten wohnt. Ihr gehört der größere Teil des landwirtschaftlichen Bodens und des städtischen Grundbesitzes, in ihren Händen liegen in der Hauptsache Handel, Industrie und Verkehr. Mit anderen Worten: das, was Westpreußen, Posen, Oberschlesien jetzt sind, was sie an wirtschaftlichen und kulturellen Werten hervorbringen vermögen, verdanken sie deutschem Denken und deutscher Arbeit, rastlosem deutschen Fleiß und deutscher Tatkraft. Abgesehen von allen anderen Rechten, gehören dem Deutschen diese Lande, weil er sie durch seines Geistes und seiner Hände Arbeit erworben hat¹.

Aus der obigen Zusammenstellung ergibt sich, daß von den aus dem Deutschen Reich gegenwärtig ausgeschiedenen rund 7,2 Millionen Bewohnern² 4,3 Millionen oder 59,6% deutscher Nationalität sind. Rechnen wir davon die Bevölkerung der Freistadt Danzig und des Memelgaus, der Selbständigkeit erstrebt, ab, so bleiben rund 4 Millionen Deutsche, die dauernd unter Fremdherrschaft gekommen sind. Erwägt man noch, daß mehr als 6½ Millionen Deutschen in Österreich und 3½ Millionen in der Tschechoslowakei der gewünschte Anschluß an das Deutsche Reich und das große deutsche Volk verwehrt wird, so muß man wirklich fragen, wie sich diese gewaltige deutsche Irredenta im Westen, Norden und Osten des Reichs mit dem vielgerühmten Grundsatz von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verträgt.



48. Deutsche in Europa.

4. DIE WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN DER VERKLEINERUNG DEUTSCHLANDS

Die Losreißung großer Gebiete vom deutschen Staatskörper bedeutet natürlich gleichzeitig einen ungeheuren Verlust für die deutsche Volkswirtschaft. Da umfangreiche Teile der abgetretenen Länder zu den landwirtschaftlich ertragreichsten Gebieten unseres Vaterlandes gehören, haben sich der fruchttragende Boden und der Viehbestand in weit stärkerem Maße vermindert als die Bevölkerungszahl. Daher hat die heimische Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung eine erhebliche und gefährdende Einengung erfahren. Namentlich waren Nordschleswig, Posen und Westpreußen wichtige Überschußgebiete an land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Kartoffeln, Brot- und Futtergetreide, Hülsenfrüchte, Zucker und Gemüse, Fleisch, Milch, Butter und Holz weit über den eigenen Bedarf erzeugten und von ihrem Überfluß erhebliche Mengen an das übrige Deutschland abgeben konnten.

Insgesamt verloren wir mit den abgetretenen Landesteilen an:

Weizen (Anbaufläche)	14,8%	Pferden	15,5% der Reichssumme
Roggen	17,7%	Rindern	11,2% „ „
Sommergerste „	16,4%	Schweinen	11,2% „ „
Hafer	11,2%	(vgl. auch Abb. 49!)	
Kartoffeln	17,2%		

Zu der Verringerung der Anbauflächen kommt ferner eine erhebliche Abnahme der Erträge wegen des Mangels an den nötigen Düngemitteln. Nur Kali ist in

¹ Der Ostdeutsche Volksboden: Aufsätze zu den Fragen des Ostens, hrsg. v. W. Volz.

² Unter Einrechnung des Saargebietes.

ausreichendem Maße vorhanden. Dagegen ist die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit den übrigen Düngemitteln einschließlich Stickstoff in keiner Weise ausreichend. An Stickstoff stehen nur drei Siebentel der zu einer Volldüngung benötigten Mengen zur Verfügung. Eine wesentliche Steigerung der Produktion ist wegen des Mangels an Kapital, Kohlen und Rohstoffen erst im Verlauf von Jahren zu erwarten. Besonders stark macht sich der Mangel an phosphorsäurehaltigen Düngestoffen, vor allem an Thomasmehl, bemerkbar. Der Rückgang seiner Erzeugung von 2,6 Mill. t im Jahre 1913 auf 0,95 Mill. t im Jahre 1921 wird in erster Linie durch den Verlust der auf den lothringischen Minetteerzen aufgebauten Thomasmehlgewinnung verursacht. — Einen Ausgleich der fehlenden Mengen durch vermehrte Einfuhr ausländischer Düngemittel verbietet die gegenwärtige Geldknappheit. Vielmehr zeigt die Einfuhrziffer von Chilisalpeter, Peruguano und Rohphosphaten gegenüber den Vorkriegsjahren einen erheblichen Rückgang.

Alle diese ungünstigen Verhältnisse mußten notwendigerweise zu einer Extensivierung der landwirtschaftlichen Betriebsweise und damit zu einer Abnahme der Bodenerträge führen, die für die vier Hauptgetreidearten im Jahre 1922 nur etwa zwei Drittel der im Jahre 1913 erzielten Hektarerträge betragen.

Die erhebliche Verringerung der Anbauflächen wichtiger Nahrungsmittel, die Abnahme der Hektarerträge, der Mangel an Düngemitteln, die Einbuße an Schlachtvieh und die infolge unserer Verarmung erheblich verminderte Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln bedeuten in ihrer Gesamtwirkung eine verhängnisvolle Verschmälerung der Ernährungsbasis unseres Volkes.

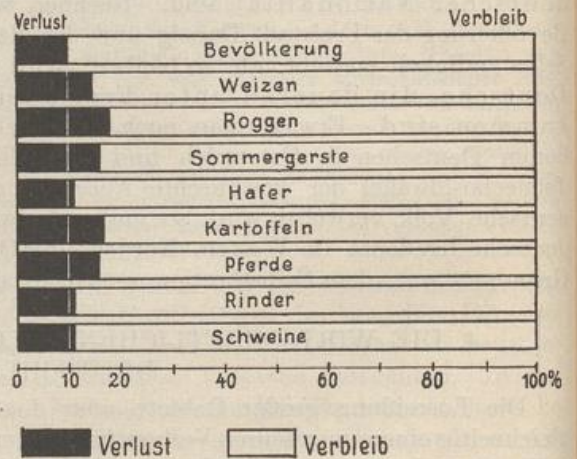
Der Verlust der landwirtschaftlich hochentwickelten Bezirke im Norden und Osten des Reiches wiegt um so schwerer, als Deutschland schon vor dem Kriege nicht entfernt imstande war, seine dichte Bevölkerung mit seinen heimischen Acker- und Viehwirtschaftsprodukten zu ernähren, sondern große Mengen namentlich an Weizen und Gerste, Mais und anderen Futtermitteln, an Speck, Schmalz und Büchsenfleisch vom Auslande beziehen mußte. Inzwischen ist aber die Bevölkerungsdichte infolge des Verlustes dünnbevölkerter Gebiete von 120 auf etwa 132 gestiegen.

Den Verlusten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen stehen solche anderer Art an Größe und Bedeutung nicht nach. In Elsaß-Lothringen, in Oberschlesien und vorläufig auch im Saargebiet verlieren wir weiter ungeheure Werte an Bodenschätzen und industriellen Anlagen. Von der gesamten deutschen Steinkohlenerzeugung entfielen im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf den Ruhrbezirk etwa 60%, auf Oberschlesien 23%, auf das Saargebiet 9%. Da wir die Saarkohle ganz und von der ober-schlesischen Jahresförderung reichlich drei Viertel eingebüßt haben¹, so ergibt sich eine Gesamtverminderung der deutschen Kohlenförderung um 28,3%. Sie bewirkte im Zusammenhang mit den uns auferlegten Zwangslieferungen von Steinkohle an die Ententemächte², daß Deutsch-

Den Verlusten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen stehen solche anderer Art an Größe und Bedeutung nicht nach. In Elsaß-Lothringen, in Oberschlesien und vorläufig auch im Saargebiet verlieren wir weiter ungeheure Werte an Bodenschätzen und industriellen Anlagen. Von der gesamten deutschen Steinkohlenerzeugung entfielen im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf den Ruhrbezirk etwa 60%, auf Oberschlesien 23%, auf das Saargebiet 9%. Da wir die Saarkohle ganz und von der ober-schlesischen Jahresförderung reichlich drei Viertel eingebüßt haben¹, so ergibt sich eine Gesamtverminderung der deutschen Kohlenförderung um 28,3%. Sie bewirkte im Zusammenhang mit den uns auferlegten Zwangslieferungen von Steinkohle an die Ententemächte², daß Deutsch-

¹ Nach W. Volz fallen von 67 Steinkohlengruben 53 an Polen (vgl. Abb. 165), damit unter Zugrundelegung der bisherigen Förderung von rund 32 Mill. t Jahresertrag (1920) 25 Mill. t oder etwa 75%.

² Die deutschen Lieferungen betragen 1920: 15,6 Mill. t; 1921: 18,0 Mill. t; 1923: 6,5 Mill. t (Ruhrbesetzung!).



49. Verlust an Anbaufläche und Vieh im Verhältnis zum Bevölkerungsverlust.

land trotz erheblicher Vermehrung seiner Braunkohlenförderung¹ aus einem Kohlenausfuhr- zu einem Einfuhrland wurde. (S. auch S. 51.) Noch erheblich höher beziffert sich unsere Einbuße, wenn man die noch in der Erde ruhenden Kohlenvorräte in Betracht zieht. Nach H. Wagner schätzt man den Verlust des Deutschen Reiches in dieser Hinsicht auf 189 Milliarden Tonnen oder 45% des bisherigen Bestandes².

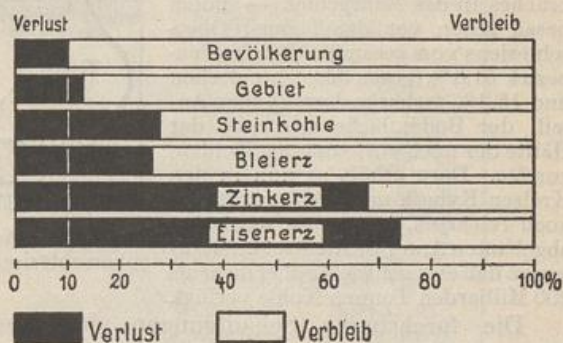
Noch weit ungünstiger liegen die Verhältnisse hinsichtlich unserer Eisenerz- und Zinkförderung. Von den 21 Eisenerzfundstätten des Deutschen Reiches war das weitaus wichtigste das der lothringischen Minette im äußersten NW des Reichslandes (s. S. 250f.). Es lieferte 1913 nicht weniger als 74% unserer Gesamtförderung. Rechnen wir dazu die Förderung Oberschlesiens und die Luxemburgs, mit dem wir durch Zollunion verbunden waren, so erhellt, daß wir durch das Versailler Diktat reichlich drei Viertel unserer Eisenerzförderung eingebüßt haben. Nur 15—20% unseres Vorkriegsbedarfes vermögen wir aus eigenen Gruben zu decken, den gesamten Rest aber müssen wir vom Ausland, von Spanien, Schweden und — Frankreich, kaufen.

Vier Fünftel unserer Zinkergewinnung, die vor dem Kriege an zweiter Stelle in der Welt, dicht hinter der der Union stand, entfielen auf Oberschlesien. Davon behalten wir nur ein Siebtel. Damit hat Deutschland rund 70% seiner gesamten Zinkergförderung eingebüßt, und Polen tritt als Förderer dieser Erze an seine Stelle.

Mit Elsaß-Lothringen haben wir ferner die erst 1904 entdeckten Kalilager nordwestlich von Mülhausen verloren. Sie lieferten in den letzten Jahren zwar nur 4% unserer Gesamtausbeute, aber die Bedeutung dieses Verlustes liegt darin, daß mit ihm das bisherige deutsche Weltmonopol für jenen wertvollen Düngestoff gebrochen ist, da die oberelsässischen Lager sehr reich sind und ihr Abbau beliebig erweitert werden kann.

Elsaß-Lothringen, das Saargebiet und Oberschlesien sind, zum Teil im Zusammenhang mit ihren Bodenschätzen, Gebiete hoher industrieller Entwicklung. Hier lagen, abgesehen von dem rheinisch-westfälischen Bezirk, die Hauptzentren unserer Schwerindustrie. Das bis zum Kriege in beispiellos schneller Entwicklung begriffene lothringisch-saarländische Industriegebiet haben wir ganz, das ober-schlesische zum größten Teil verloren. Hier sind von 37 Hochöfen auf 8 Hochofenwerken nur 14 auf 3 Werken, von 18 Stahl- und Walzwerken 9, von 25 Eisen- und Stahlgießereien 10 deutsch geblieben. Der Verlust dieser Arbeitsstätten führte neben anderen Ursachen zu einem erheblichen Rückgang unserer Roheisen- und Stahlerzeugung, die im Jahre 1922 nur etwa die Hälfte der von 1913 betrug. In Elsaß-Lothringen sowohl wie in Oberschlesien hat weiter eine bedeutende Leder- und Schuhfabrikation ihren Sitz, und das Oberelsaß ist ein Hauptgebiet der Textilindustrie — Mülhausen war vor dem Kriege für die Baumwollindustrie der erste Platz des Kontinentes. Die gewaltige industrielle Entwicklung beider Landesteile vollzog sich im wesentlichen erst in der Zeit, seit der diese in deutschem Besitz sind.

Die uns zugefügte Schädigung an Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaus und der Industrie wird noch wesentlich verschärft durch die uns auferlegten sogenannten Sach-



50. Verlust an Erzen und Steinkohle im Verhältnis zu den Verlusten an Gebiet und Bevölkerung auf der Grundlage der Produktion des Jahres 1913.

¹ Die Braunkohlenförderung betrug 1913: 87 Mill. t, 1922: 137 Mill. t, 1923: 118,3 Mill. t.

² Nach „Wirtschaft und Statistik“ 1923, H. 2 betrug der Verlust nur 162,5 Milliarden t, und zwar 146 Milliarden t in Oberschlesien und 16,5 Milliarden t im Saarkohlenbecken.

leistungen an Vieh (sogar lebendem Wild!), Schiffen, Kohlen und Kohlanderivaten, Chemikalien (Farben!), Materialien für den Wiederaufbau der Kampfzone in Nordfrankreich und Belgien, ferner durch den Umstand, daß die Leistungen auf allen Gebieten der deutschen Produktion durch die sozialen Veränderungen (Achtstundentag, Streiks), durch Herabminderung der Arbeitskräfte infolge Unterernährung, durch Verschlechterung der maschinellen Anlagen während des Krieges usw. erheblich zurückgegangen sind.

Was den uns so schwer schädigenden Raub an unseren wichtigsten Bodenschätzen, Kohle und Eisen, besonders ungerecht erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß sowohl der französische Anteil des lothringischen Minettegebietes als auch der polnische (früher russische und österreichisch-galizische) am oberschlesischen Kohlenbecken schon ohne die deutschen Gebiete größer war als der entsprechende Anteil Deutschlands (Abb. 51, 52). Weder für Frankreich noch für Polen bedeutet also der Erwerb der deutschen Bezirke eine Lebensnotwendigkeit, er überhäuft sie vielmehr mit einem Reichtum, den voll auszunützen sie kaum in der Lage sind. Frankreich, das jetzt der größte Eisenerzeuger Europas ist, hat schon vor dem Kriege mehr als die Hälfte seiner Erze nach Belgien und Deutschland ausgeführt. Sein heißes Bemühen, auch in den Besitz der größten Eisenerz-Verarbeitungsstätte des Kontinentes, des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, zu gelangen, war eine der Hauptursachen des brutalen Einbruches in das Ruhrgebiet. — Polen besaß schon vor der Teilung Oberschlesiens vom gesamten Steinkohlenbezirk 51,8 % (gegen 32,9 % deutschen und 15,3 % tschechoslowakischen Anteil) der Bodenfläche mit rund der Hälfte der noch vorhandenen Kohlenvorräte. Dazu erhält es nun in den Kreisen Rybnik und Pleß gerade den noch reichsten, bisher am wenigsten abgebauten Anteil des deutschen Bezirkes, so daß es gegenwärtig über mehr als 200 Milliarden Tonnen Kohle verfügt.

Die furchtbaren Schädigungen des gesamten deutschen Wirtschaftslebens durch die Besetzung des Ruhrgebietes, deren angebliche Berechtigung Frankreich ja auch, wenn auch widerrechtlich, aus dem Versailler Diktat abzuleiten sucht, sind heute in ihrer gesamten Auswirkung noch gar nicht zu übersehen. Die schweren Wunden aber, die dem deutschen Wirtschaftskörper durch sie geschlagen wurden, sind schon aus den wenigen zur Verfügung stehenden Zahlen zu erkennen. Die deutsche Steinkohlenförderung sank im Jahre 1923 auf 62 Mill. t, d. h. auf die Hälfte des Vorjahres, so daß die Einfuhr fremder Kohle trotz der wirtschaftlichen Daniederlage gegenüber 1922 um 100 % gesteigert werden mußte. — Die Eisenerzeugung lag fast ganz still. Unser Bedarf an fremden Eisenerzen, der 1922 noch 11 Mill. t betrug, ging 1923 auf 2,4 Mill. t herunter. (S. auch S. 51.) — Besonders deutlich zeigt sich die verheerende Wirkung der Ruhrbesetzung im deutschen Binnenwasserverkehr, der 1923 mit 45 Mill. t nur knapp die Hälfte des Vorjahres und nur ein reichliches Viertel der Vorkriegszeit betrug. Der Ausfall ist zum weitaus größten Teil dem gewaltigen Rückgang des Verkehrs in den Rhein- und Ruhrhäfen zuzuschreiben.

5. HANDELSFLOTTE UND VERKEHRSWEGE

Vor dem Kriege stand die deutsche Handelsflotte mit 5,239 Mill. Br.-Reg.-T. an zweiter Stelle nach der englischen, wenn auch in großem Abstand. Nach dem Waffenstillstand, dem Frieden und der sogenannten „Sühne“ für die sachlich ein-



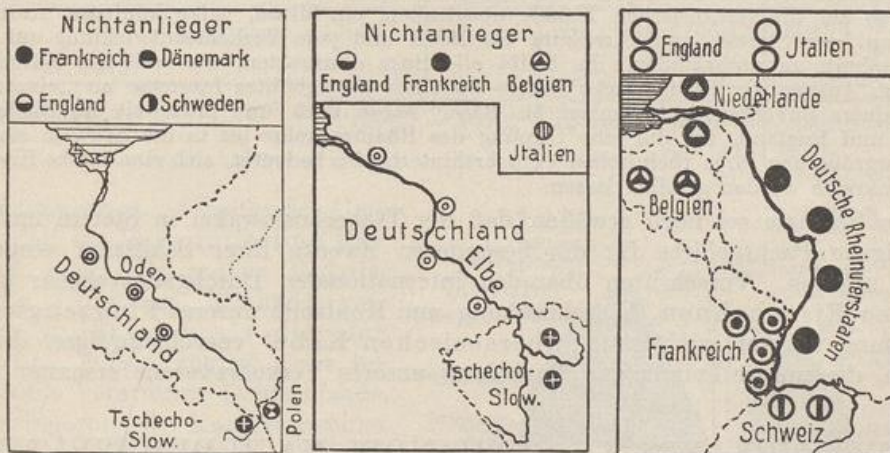
51. Politische Zugehörigkeit des oberschlesischen Kohlengebietes.



52. Lothringisches Minettegebiet. (Mit alter Grenze.) Die Zahlen bedeuten die Anzahl der Hochöfen in der Umgebung der genannten Orte.
D. Oth. = Deutsch. Oth.
F. = Fentsch.
Gr. M. = Groß Mövern.
Rb. = Rombach.

wandfreie Tat von Scapa Flow wurde sie auf schätzungsweise 419 000 Reg.-T. oder 8% ihres früheren Bestandes verringert. Diese Vernichtung ist um so schwerwiegender, als uns infolge des gesteigerten Bedarfs an überseeischer Zufuhr und der Erweiterung des Aufgabenkreises unserer Küstenschiffahrt durch die Lostrennung Ostpreußens eine große Handelsflotte mehr denn je not tut. Dabei ist zu bedenken, daß die uns belassenen Schiffe nur kleine, nicht mehr als 1600 Reg.-T. fassende Fahrzeuge sind, die sich für die Zwecke der Überseefahrt wirtschaftlich kaum eignen. Wohl in der Sorge, daß wir uns zu schnell eine neue Flotte bauen könnten, hat man uns verpflichtet, in den dem Friedensschluß folgenden fünf Jahren Neubauten in einem Gesamtgehalt von 1 Mill. Br.-Reg.-T. an die Entente abzuliefern.

Dennoch scheint, dank der bewundernswerten Tatkraft der deutschen Reedereien, gerade hinsichtlich unserer Flotte der Wiederaufbau die ersten sichtbaren Erfolge zu zeitigen. Die uns nach dem Verlust der vier Danziger Schiffsbaustätten verbliebenen 29 Werften waren seit 1920 außerordentlich stark beschäftigt. Durch Neubau namentlich von Schiffen kleinerer und mittlerer Abmessungen sowie durch Rückkauf zahlreicher an die Entente ausgelieferter oder von



53—55. Zur Internationalisierung der deutschen Ströme.

Die Verwaltung der Oder wird von 3 Deutschen und 6 Nichtdeutschen, die der Elbe von 4 D. und 6 Nd., die des Rheins von 4 D. (Vertretern der einzelnen deutschen Rheinuferstaaten) und 14 Nd. geführt.

ihr beschlagnahmter Handelsschiffe ist die deutsche Handelsflotte bis zum Jahre 1923 wieder zu der angesichts der schwierigen Verhältnisse stattlichen Größe von rund 2,6 Mill. Br.-Reg.-T. erwachsen. Sie ist gleichzeitig die jüngste und modernste Handelsflotte, die alle Errungenschaften neuzeitlicher Technik beim Schiffsbau anwenden konnte. Damit ist immerhin eine Grundlage für eine bescheidene Wiedergewinnung der Seegeltung der deutschen Handelsflotte geschaffen.

Weit weniger erfreulich sind vorläufig noch die Aussichten unserer Binnenschiffahrt. Etwa ein Fünftel unserer gesamten Flußschiffahrtstonnage (1913: mehr als 30 000 Schiffe mit 7,5 Mill. t Tragkraft) mußten wir an Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei ausliefern. Viel schlimmer ist, daß wir nicht mehr Herr über unsere Wasserstraßen sind, denn der Nordostseekanal, die Elbe (von der Moldaumündung ab), die Oder (von der Oppamündung ab), die Memel (von Grodno ab) und die Donau (von Ulm ab) sowie jeder schiffbare Teil dieser Flußnetze, der mehr als einem Staat als natürlicher Zugang zum Meere dient, wurden internationalisiert. Ja, selbst für den etwa von Deutschland zu erbauenden Main-Donau-Kanal wurde diese Maßnahme vorgesehen. In den internationalen Kommissionen (Abb. 53—55), die diese Wasserstraßen verwalten, ist Deutschland gegenüber den Vertretern der fremden Mächte stets in der Minderheit, auch in der künftigen Rheinkommission,

in der Deutschland bisher das Übergewicht hatte. Den Ausschlag geben neben den Vertretern der nichtdeutschen, meist feindlichen Anliegerstaaten die Abgesandten von Staaten, die die Verhältnisse wegen der Entfernung ihrer Staaten nicht völlig übersehen und die an den Fragen der deutschen Stromschifffahrt naturgemäß im besten Falle nur geringes Interesse haben. Unter diesen Umständen ist die Gefahr, daß die zum weiteren Ausbau und zur sonstigen Verbesserung unserer Wasserstraßen nötigen Maßnahmen nicht in dem gewünschten Umfange und zur rechten Zeit geschehen, außerordentlich groß.

In welcher verhängnisvoller Weise sich dieses Übergewicht fremder Vertreter an den deutschen Wasserstraßen einmal auswirken kann, davon geben die Artikel 354—362 des Versailler Diktats, die den Oberrhein betreffen, einen Begriff. Hier hat künftig nur Frankreich das Recht, „Wasser aus dem Strom zur Speisung der bereits gebauten oder noch zu bauenden Schifffahrts- und Bewässerungskanäle oder für jeden anderen Zweck zu entnehmen und auf dem deutschen Ufer alle für die Ausübung dieses Rechts erforderlichen Arbeiten auszuführen“. Damit sind Badens sorgsam erwogene Pläne, seinen rheinischen Uferstreifen mit nachdrücklicher Ausnützung des Stromes weiterzuentwickeln, völlig vernichtet. Aber noch mehr: durch jene Bestimmungen erhält Frankreich, das ausgesprochenermaßen die Absicht hat, den Rheinverkehr oberhalb Straßburgs auf die französischen Kanäle abzulenken, ein Mittel, jeden künftigen Ausbau des Rheins auf der Strecke von Straßburg bis Basel und jede Verkehrsentwicklung auf diesem Stromabschnitt zu unterbinden. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie weit die Schweiz, die nach dem Ausbau der Rheinstrecke Basel—Bodensee ein erhöhtes Interesse an „einem freien Rhein, einem unverbauten Stromlauf bis Basel“ haben muß, und inwieweit die Niederlande, Belgien und England, für die eine Öffnung des Rheinverkehrs bis in die Schweiz eine wertvolle Vergrößerung ihres rheinischen Verkehrshinterlandes bedeutet, sich eine solche Knebelung von Frankreich werden gefallen lassen.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß der Tschechoslowakei in Stettin und Hamburg eigene Pachtgebiete für die besonderen Zwecke ihrer Schifffahrt eingeräumt werden mußten. Vorschriften über den internationalen Durchgangsverkehr auf den deutschen Eisenbahnen, Einschränkung und Kontrolle unseres Flugzeugwesens, Enteignung unserer wichtigsten überseeischen Kabel vervollständigen die Maßnahmen, die unsere Feinde zur Knebelung unseres Verkehrswesens ersonnen haben.

III. DEUTSCHLANDS AUSSENHANDEL NACH DEM WELTKRIEG

In welchem hohem Maße die Gebietsverluste und die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Diktats durch Untergrabung der Produktionsfähigkeit, durch Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes und durch die Zerstörung der deutschen Außenhandelsbeziehungen das deutsche Wirtschaftsleben geschädigt haben, kommt besonders deutlich in den Veränderungen zum Ausdruck, die der deutsche Außenhandel in der Nachkriegszeit erfahren hat.

Betrachten wir zunächst die Schlußreihe der Tabelle auf S. 49, so ergibt sich, daß der Gesamtwert des deutschen Außenhandels in den Jahren 1922 und 1923, die schon eine erhebliche Steigerung gegenüber den unmittelbar vorangegangenen Jahren aufweisen, nur die reichliche Hälfte des Gesamthandels von 1913 ausmacht.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die gegenwärtigen Warenpreise erheblich über denen der Vorkriegszeit liegen. Schaltet man die seit 1913 eingetretene Preissteigerung aus, kommt man also zu einem mengenmäßigen Vergleich, so wird das Bild noch trüber, indem sich dann beispielsweise für den Gesamthandel des Jahres 1923 nur ein Betrag von etwa 48% gegenüber demjenigen von 1913 ergibt (43,1% in Einfuhr, 52,5% in Ausfuhr). Das ist eine sehr bedeutende Verringerung, auch wenn man die Verkleinerung der Bevölkerung gegenüber 1913 in Betracht zieht¹. Auch fällt diese Erscheinung um so mehr ins Gewicht, als der Außenhandel

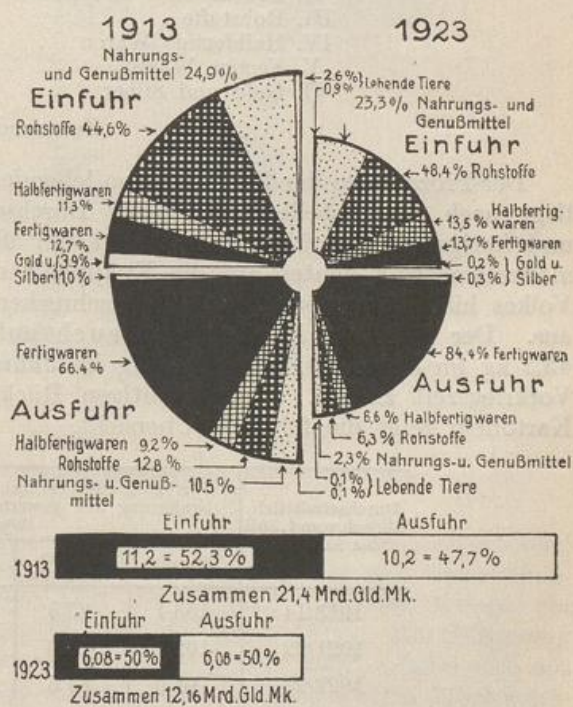
¹ Diese betrug 1919 etwa 10% (s. S. 36), Ende 1923 aber nach Schätzungen infolge der natürlichen Vermehrung und noch mehr infolge der starken Zuwanderung aus den abgetretenen Gebieten nur noch etwa 6%.

der übrigen großen Welthandelsstaaten zum Teil erhebliche Steigerungen gegenüber der Vorkriegszeit aufzuweisen hat.

Der Außenhandel Deutschlands in den Jahren 1913, 1922, 1923¹
In Millionen G.-M.

	1913		1922		1923	
	E.	A.	E.	A.	E.	A.
I. Lebende Tiere	289,7	7,4	81,6	12,3	32,5	3,1
II. Nahrungs- und Genußmittel	2771,3	1035,9	1202,5	239,7	1203,7	131,4
III. Rohstoffe	4990,9	1518,1	2960,4	407,4	3106,9	367,5
IV. Halbfertige Waren	1233,5	1139,5	1105,0	658,5	806,0	362,7
V. Fertige Waren	1484,3	6396,3	953,3	4863,6	920,4	5199,7
VI. Gold und Silber	436,4	101,4	8,7	17,9	11,8	14,8
zusammen	11206,1	10198,6	6311,5	6199,4	6081,3	6079,2
in v. H. von 1913.			56,3	60,8	54,3	59,6
Gesamtaußenhandel	21404,7 = 100 %		12510,9 = 58,45 % von 1913		12160,6 = 56,81 % von 1913	

Bemerkenswert ist weiter der Umstand, daß die Verminderung der Einfuhr trotz des großen Bedarfs, den die jahrelange Blockade verursacht, größer ist als die der Ausfuhr. Hierin kommt ganz besonders die Verarmung Deutschlands, die Verringerung der Kaufkraft seiner Bevölkerung zum Ausdruck. Diese ist gleichzeitig eine der Ursachen für das geringere Sinken der Ausfuhr. Denn da der Absatz auf dem Inlandsmarkt — gegenüber der Vorkriegszeit — ein weit schwierigerer geworden ist, muß die Ausfuhr mit allen Mitteln gesteigert werden, um das Wirtschaftsleben überhaupt im Gang zu halten. Die Einfuhrverminderung würde übrigens noch erheblicher sein, wenn Deutschland nicht durch das Versailler Diktat gezwungen wäre, aus den abgetretenen Gebieten größere Mengen von Waren, die nicht zu den lebensnotwendigen gehören, also in den meisten Fällen sehr unerwünschter Luxuswaren, wie Seidenartikel, Spitzen, Spirituosen, Tabak, Juwelierarbeiten u. dgl., zollfrei hereinzulassen.



56. Der deutsche Außenhandel 1913 und 1923.
(Statistisches Jahrbuch: Deutsche Gruppeneinteilung.)

¹ Mit dem Einbruch in das Ruhrgebiet wurde der größte Teil des Erfassungsdienstes in dem besetzten Gebiet lahmgelegt. Daher ist ein Teil des Außenhandels von 1923, namentlich soweit er vom besetzten Gebiet direkt ins Ausland ging, von der Statistik nicht erfaßt. — In der Tabelle bedeutet E = Einfuhr, A = Ausfuhr.

v. Seydlitz, Handbuch, 27. Bearbtg.

Die Ursachen für den immerhin auch sehr beträchtlichen Rückgang der Ausfuhr sind außer in der schon erwähnten Zerstörung der deutschen Außenhandelsbeziehungen einerseits in dem Rückgang der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, andererseits in den Schutzmaßnahmen vieler Länder gegen die Einfuhr gewisser deutscher Waren zu suchen, Maßnahmen, die Deutschland um so schwerer treffen, als es ihm durch das Versailler Diktat für die meisten Fälle untersagt ist, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Diese Sachlage führte auch dazu, daß Deutschland für die von ihm ausgeführten Waren häufig nicht die vollwertigen Preise erzielen kann, während es seinerseits für die von seiner Bevölkerung auf das dringendste benötigten lebenswichtigen Waren die geforderten Preise zu zahlen gezwungen ist. Das bedeutet, daß Deutschland für seine Ausfuhr einen prozentual geringeren Erlös erzielt, als es für seine Einfuhr ausgeben muß.

Über die Veränderungen der einzelnen Warengattungen im Gesamtrahmen des Außenhandels gibt die folgende Übersicht Aufschluß. Sie zeigt als wichtigste Tatsache, daß der Rückgang der Einfuhr in erster Linie bei den der Ernährung dienenden Waren erfolgte.

Der deutsche Außenhandel nach Warengruppen der internationalen Gruppeneinteilung im Jahre 1923 in v. H. von 1913 (in mengenmäßiger Berechnung)

	Einfuhr	Ausfuhr
I. Lebende Tiere	14,4	51,4
II. Lebensmittel und Getränke	40,1	11,7
III. Rohstoffe	46,8	25,8
IV. Halbfertige Waren	51,5	37,5
V. Fertige Waren	46,5	66,7
VI. Gold und Silber	24,7	14,4
Zusammen	43,1	52,5

Der Prozentsatz der Einfuhr von lebenden Tieren, Lebensmitteln und Getränken liegt nach der Tabelle unter dem Durchschnitt, der der Rohstoffe, halbfertigen und fertigen Waren über ihm. Auch der überaus starke Rückgang der Lebensmittelausfuhr deutet auf die Knappheit der Nahrungsversorgung des deutschen Volkes hin. Diese spricht sich in erschreckender Weise in den Verbrauchszahlen aus. Der jährliche Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung ging von 43,2 kg im Jahre 1913 auf 26,7 kg im Jahre 1922, das ist um 38 % gegenüber der Vorkriegszeit zurück. Den gewaltigen Rückgang im Verbrauch von Getreide und Kartoffeln zeigt die folgende Übersicht.

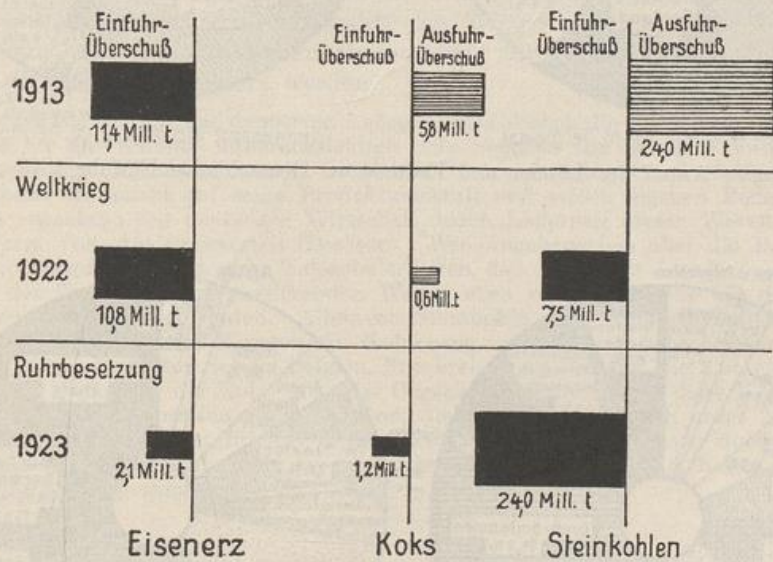
Durchschnittlich jährlich vom 1. Juli bis 30. Juni	Verfügbar zum Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke auf den Kopf der Bevölkerung in kg				
	Roggen	Weizen und Spelz	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1913/14	153,1	95,8	108,0	128,3	700,2
1921/22	102,9	78,0	35,6	75,3	339,6
1922/23	91,9	47,6	30,0	58,5	573,2

Einen noch viel stärkeren Rückgang zeigt die Einfuhr der Futtermittel. Im Jahre 1923 standen der deutschen Landwirtschaft aus ausländischer Erzeugung Körnerfrüchte nur in Höhe von etwa 14 % und ölhaltige Futtermittel in einer solchen von etwa 17 % der Vorkriegsmenge zur Verfügung.

Hinsichtlich der übrigen Warengruppen (III. — V. der obenstehenden Tabelle) fällt auf, daß die Ausfuhr der Fertigwaren viel weniger stark zurückgegangen ist als die der Rohstoffe und Halbfertigwaren, während die Einfuhrprozente dieser drei Warengattungen

wenig voneinander entfernt liegen. Das deutet auf eine vermehrte Inanspruchnahme der heimischen Rohstoffe für die Fabrikation hin, aber auch auf einen starken Verbrauch der zur Zeit in Deutschland vorhandenen Vorräte an fremden Rohstoffen, was natürlich mit der Zeit zu Rohstoffmangel und damit zu starker Behinderung der industriellen Erzeugung führen muß.

Wenn schon in dieser Tatsache die Verarmung Deutschlands sich ausspricht, so noch mehr in einer anderen, die in der Einfuhr fast aller Warengattungen sich feststellen läßt. Sowohl bei der Einfuhr der Lebensmittel wie bei der der Rohstoffe und Fabrikate zeigt sich ein auffallender Übergang von hochwertigen Erzeugnissen zu solchen von geringerer Qualität. Besonders deutlich tritt diese Erscheinung in der Lebensmitteleinfuhr hervor. Sie soll nur mit zwei Beispielen belegt werden. In der Brotgetreideeinfuhr der Vorkriegszeit dominierte bei weitem die Weizeneinfuhr, die Roggeneinfuhr betrug nur einen Bruchteil, etwa ein Achtel von dieser. Dagegen führten wir im Jahre 1923 doppelt so viel Roggen ein wie Weizen, da jener erheblich niedriger im Preise steht als dieser¹. Die Buttereinfuhr betrug 1923 nur noch 2,4 % der Friedenseinfuhr. Der Ausfall wurde durch Vermehrung derjenigen an Margarine und anderen Kunstspeisefetten oder an Rohstoffen zu deren Bereitung gedeckt. Auf eine Qualitätsverminderung der eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate weist auch die Tatsache hin, daß an der im Jahre 1923 gegenüber 1922 zu verzeichnenden Ausfuhrsteigerung, z. B. in der Kautschuk- und in der Textilindustrie, die gröberen und in der Qualität geringeren Waren stärker beteiligt sind als die besseren, teureren Sorten.



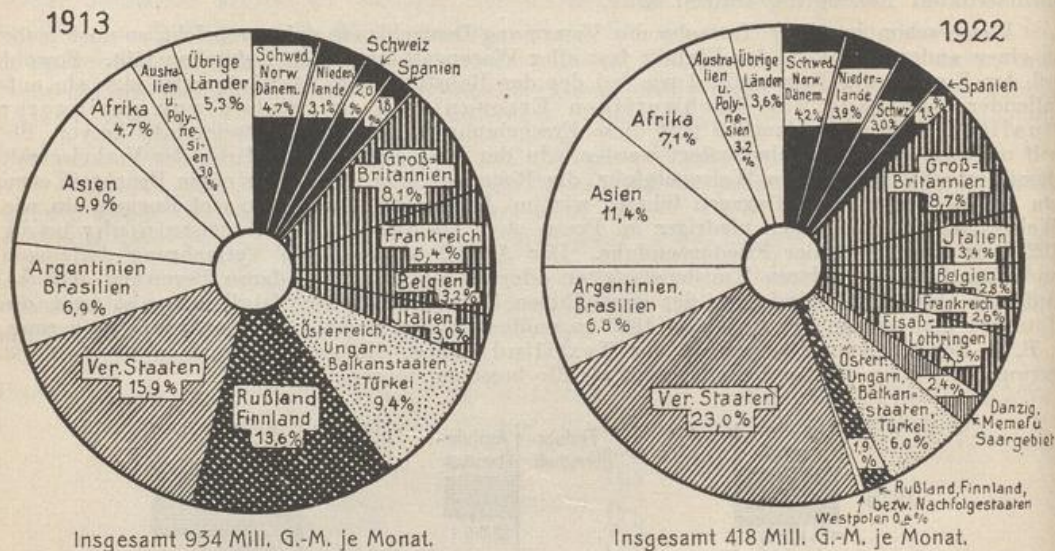
57. Deutschlands Eisenerz- und Kohlenaußenhandel 1913, 1922, 1923.

Von Einzelwaren hatten den stärksten Einfluß auf den gesamten Außenhandel Steinkohle und Eisenerz. Die wichtigsten Tatsachen sind aus dem obenstehenden Diagramm leicht zu erkennen. Während Deutschland vor dem Kriege ein Steinkohlenausfuhrland war, muß es diesen Brennstoff jetzt einführen. Die Steigerung der Einfuhr im Jahre 1923 auf den Betrag der Ausfuhr von 1913 erklärt sich aus der Ruhrbesetzung. Der starke Rückgang der Eisenerzeinfuhr in diesem Jahre kennzeichnet deutlich das Daniederliegen unseres Haupteisenindustriengebietes während dieser Zeit, zumal wenn man bedenkt, daß ja außerdem drei Viertel unserer früheren heimischen Erzförderung (s. S. 45) fehlen.

Was die Beteiligung der fremden Staaten am deutschen Außenhandel angeht, so hat das Bild der Einfuhr durch die Ausschaltung Rußlands als

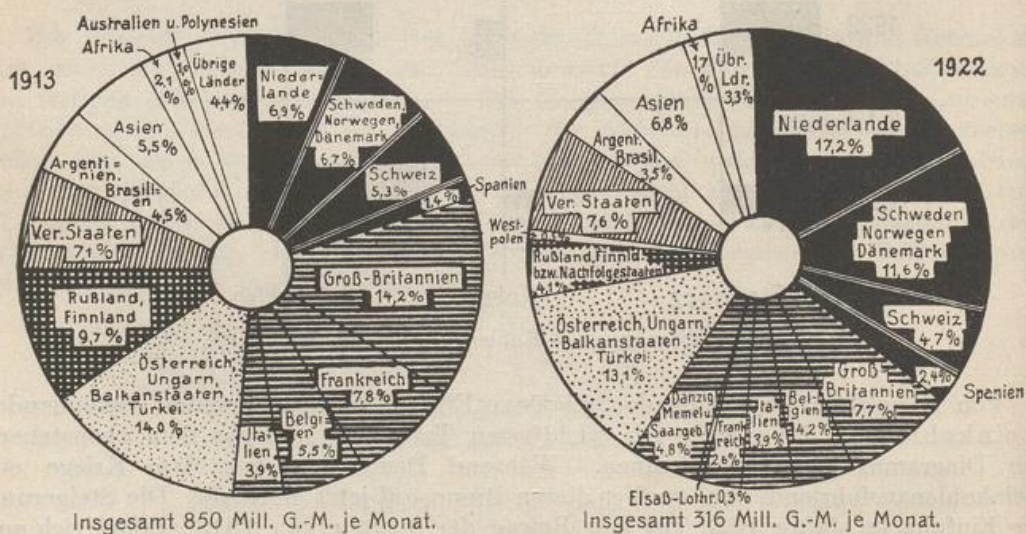
¹ In der beträchtlichen Mehleinfuhr herrscht allerdings bei weitem das Weizenmehl vor, zum Teil wohl deshalb, weil Rußland, der frühere Hauptlieferant für Roggenmehl, gegenwärtig nicht in Betracht kommt.

bedeutenden Lieferanten für landwirtschaftliche Erzeugnisse eine starke Veränderung erfahren. An seine Stelle traten die Vereinigten Staaten und Canada. Infolgedessen liegt das Übergewicht der Einfuhr im Gegensatz zur Vorkriegszeit jetzt bei den außereuropäischen Staaten. Dagegen nehmen die europäischen Staaten wie



Insgesamt 934 Mill. G.-M. je Monat. Insgesamt 418 Mill. G.-M. je Monat.

58. Prozentualer Anteil der Länder und Erdteile an Deutschlands Einfuhr 1913 und 1922.



Insgesamt 850 Mill. G.-M. je Monat. Insgesamt 316 Mill. G.-M. je Monat.

59. Prozentualer Anteil der Länder und Erdteile an Deutschlands Ausfuhr 1913 und 1922. (Abb. 58 u. 59 nach „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges“, Berlin 1924.)

früher von der Ausfuhr Deutschlands den größten Anteil auf. Während aber früher die Ententestaaten insgesamt von Deutschland mehr bezogen als die Neutralen, hat sich auf Grund der obenerwähnten Schutzmaßnahmen und anderer Tatsachen, unter denen wohl auch die andere völkerpsychologische Einstellung eine Rolle spielt, das Verhältnis zwischen beiden Staatengruppen umgekehrt.

Vergleichen wir endlich die Gesamteinfuhr mit der Gesamtausfuhr, so zeigt sich die zunächst auffallende Tatsache, daß sich in der Nachkriegszeit Einfuhr- und Ausfuhrzahlen immer mehr nähern in dem Sinne, daß die Handelsbilanz von der früheren Passivität rasch zum Ausgleich fortschreitet (1923: 6,081 Milliarden G.-M. Einfuhr und 6,079 Milliarden G.-M. Ausfuhr). Ja, wenn man bei dem Vergleich von Ein- und Ausfuhr die Vorkriegspreise zugrunde legt, so erhält man für das Jahr 1923 sogar einen nicht unerheblichen Ausfuhrüberschuß, also eine aktive Handelsbilanz bei 4,8 Milliarden G.-M. Einfuhr und 5,4 Milliarden G.-M. Ausfuhr. Diese Tatsache würde bei normalen Verhältnissen einen erfreulichen Hochstand der deutschen Wirtschaft anzeigen. Gegenwärtig ist aber diese Aktivität ein Symptom der besonders bedrängten Lage unseres Wirtschaftslebens, denn sie ist in erster Linie verursacht durch die verhängnisvoll verminderte Kaufkraft der verarmten deutschen Bevölkerung und durch die Drosselung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten. Beide Tatsachen führten, wie schon angedeutet, einerseits zu einer unnatürlichen Einschrumpfung der Einfuhr und andererseits zu einer ebenso unnatürlichen, mit allen Mitteln erzwungenen Ausfuhrsteigerung, die nötig war, um das Wirtschaftsleben überhaupt im Gang zu halten, die aber durch Aufzehrung der vorhandenen Vorräte an Rohstoffen zu immer schwierigeren Verhältnissen führen muß, wenn nicht umfangreiche Auslandskredite die Wiederauffüllung der erschöpften Vorräte gestatten und die feindlichen Maßnahmen zur künstlichen Niederhaltung der deutschen Wirtschaft gemildert werden.

Bei unserer Darstellung des deutschen Außenhandels blieben die sogenannten Reparationsleistungen an die Entente unberücksichtigt. Sie belasten die deutsche Volkswirtschaft in zweierlei Richtung. Einerseits wurde Deutschland zur Lieferung der verschiedensten Waren (s. S. 45f.) ohne Rücksicht auf seine Produktionskraft und seinen eigenen Bedarf verpflichtet, andererseits erwachsen der deutschen Wirtschaft durch Lieferung dieser Waren keine Gegenwerte in Form von Auslandswerten (Devisen). Wie ungeheuerlich aber die Belastung durch die Reparationsabgaben ist, mag die Tatsache erhellen, daß die Menge der als Zwangslieferungen die Grenze der Ententestaaten passierenden Waren etwa ebenso groß ist wie die der im normalen Handel dorthin gelangenden. Allein an Steinkohle rollte vom November 1919 bis zum 11. Januar 1923 alle fünfzehn Minuten ein Kohlenzug von hundert Achsen über die deutsche Grenze und nährte die Industrie von Belgien, Frankreich und Italien. Die Kohle kam in weitaus überwiegendem Maße von der Ruhr. Von der Gegenseite wurde uns für diese Kohlenlieferungen nur der Wert zu Inlandspreisen gutgeschrieben, die seinerzeit erheblich unter Auslandspreisen lagen. Die Differenz bedeutet für uns tatsächlichen Schaden, mußten wir doch als Ersatz für die Zwangslieferungen an Ruhrkohle in erheblichem Maße ausländische Kohle zu Weltmarktpreisen einführen. (Spethmann.)

Während des Druckes erschienen die Ergebnisse des deutschen Außenhandels für das Jahr 1924. Der Gesamtaußenhandel dieses Jahres belief sich auf 15,9 Milliarden R.-M., und zwar auf 9,3 Milliarden in der Einfuhr und 6,6 Milliarden in der Ausfuhr. Es ist also die zu erwartende Umkehrung der Bilanz in die Passivität bereits eingetreten. Der hohe Einfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden R.-M. erklärt sich vor allem aus der Steigerung der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken, sowie von Fertigwaren. Darin zeigt sich die Wirkung der inzwischen bewilligten Auslandskredite, während eine entsprechende Hebung auch unserer Ausfuhr erst durch den Abschluß von Handelsverträgen zu erwarten ist. Ob es freilich möglich sein wird, in den nächsten Jahren einen Ausfuhrüberschuß zu erzielen in der Höhe, wie sie der Dawesplan voraussetzt, muß erst die Zeit lehren.

Gegenüber dem Vorjahr weist die Einfuhr eine Steigerung von rund 50% auf, während die Ausfuhr 1924 nur wenig über der des Vorjahres, auf Grund der Vorkriegswerte sogar etwas unter ihr liegt. Verglichen mit 1913, betrug die Einfuhr 1924 auf Grund der Gegenwartswerte 83,1%, die Ausfuhr 64,4%. Auf Grund der Vorkriegswerte sind die entsprechenden Zahlen 62,1% und 50,5%.